

Innerislamische Entwicklungen

Aufbruch oder Rückzug auf sich selbst?

Am 17. Januar 1984 eröffnete König Hassan von Marokko in Casablanca das vierte Gipfeltreffen der Konferenz Islamischer Staaten, der 43 Staaten angehören. Über 25 muslimische Staatsoberhäupter nahmen an der Tagung teil. Dabei zeigte sich, daß die islamische Welt keineswegs ein so homogener und geschlossener Block ist, wie man allenthalben glaubt. Denn das Aufeinanderprallen gegensätzlicher politischer und weltanschaulicher Meinungen etwa zu den Problemfeldern Ägypten, Israel und PLO offenbarte zumindest eine gewisse Ratlosigkeit. Hinter der Fassade einer häufig gerühmten Einheit und Geschlossenheit wird zunehmend eine um Selbstfindung bemühte islamische Gemeinschaft sichtbar. Schon die Ereignisse im Iran, in Afghanistan und im Libanon sowie zuletzt die Aufstände in Tunesien und Marokko haben deutlich gemacht, daß sich die islamische Gesellschaft allzulange auf den Lorbeeren einer ruhmreichen Vergangenheit ausgerichtet und vor den Problemen der heutigen Welt Augen und Ohren verschlossen hat. Die Träume eines Nasser und Ben Bella von einem arabischen Staatenbund wagt ohnehin niemand mehr zu träumen. Kein Wunder, daß viele Muslime jetzt das Heil in den strengen Glaubensinhalten des Islam suchen und sich davon eine Lösung der anstehenden Probleme versprechen.

Vertrauen auf die Wunderkraft des Buchstabens

Nach einer langen Zeit der Dekadenz und Entfremdung hofft man, durch eine *Reislamisierung* im strengen Sinne des Wortes ein neues Selbstbewußtsein zu gewinnen. Zurück zu den Quellen heißt die Parole, obschon nicht alle früheren Bestrebungen dieser Art in bester Erinnerung sind. Häufig genug führten sie zu einer ideologischen Verblendung und zu einer fatalen Kurzsichtigkeit in Fragen der sozialen und gesellschaftspolitischen Entwicklung. Fast scheint es so, als ob man sich im islamischen Lager solcher Gefahren gegenwärtig nicht bewußt ist. Viele Muslime legen nämlich inzwischen einen Optimismus an den Tag, der fast schon betroffen macht. Um so mehr muß man daran erinnern, daß die fundamentalistischen Führer der Reformbewegung – damals wie heute – vom Buchstaben des Gesetzes Wunderkraft erwarten und ohne jegliche Reflexion altbackene Glaubens-Definitionen von einst übernehmen. Der Islam ist für sie somit „Hingabe an den Willen Gottes“. Als monotheistische Religion gibt er Richtlinien für das diesseitige und jenseitige Leben. Eine Trennung zwischen religiösem und weltlichem Bereich läßt die islamische Tradition nicht zu. Denn immerhin soll der Islam die *Gemeinschaft der Muslime* (umma) zu den göttlichen Wahrheiten führen. Wo dieses Ziel verfehlt oder das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis allzu offenkundig wird, spricht man von einem

Vergehen oder einer Schwäche der Gemeinschaft, die sich notwendigerweise Gottes Strafe zuziehen wird. Gefordert wird daher ein ausdauerndes, kollektives und individuelles Bemühen (ijtihad) um Reformen sowie um Lösungen zur Bewältigung anstehender Probleme. Diese ständige Anstrengung führt zu den Quellen des Islam (Koran und Sunna) zurück und hat gleichzeitig zur Folge, daß die gelebten Normen und Werte wieder mit den Vorschriften des Islam in Einklang gebracht werden.

Die *Rückbesinnung auf die eigene Tradition* findet natürlich auch heute wieder Nahrung in dem Glauben an eine Prophezeiung Muhammads, nach der zu Beginn eines jeden Jahrhunderts (nach islamischer Zeitrechnung schreiben wir das Jahr 1404) Männer (mujtahidun) auftreten, die die religiösen und moralischen Reformen vorantreiben, damit Glaube und Kult wieder in ihrer ursprünglichen Reinheit erstrahlen. Angesichts der technischen und sozialen Entwicklungen unserer modernen Zeit stehen Muslime einmal mehr vor einer solchen Herausforderung.

Sie glauben dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Denn immerhin verstehen sie sich als „beste Gemeinschaft, die unter Menschen entstanden ist“ (Koran 3, 110). Die ersten drei bis vier Jahrhunderte der islamischen Geschichte, als die islamische Gesellschaft eine geistige, kulturelle und politische Blüte erreicht hatte, galt ihnen schon immer als Bestätigung der koranischen Aussage. Doch mit der Eroberung von Bagdad durch die Seldschuken im Jahre 1055 begann die Periode des Verfalls, die bis in die moderne Zeit hineinreichte.

Kulturell zunächst dem Westen erlegen

Die islamische Reaktion auf die Herausforderung mit der Moderne erfolgte auf zweifache Art und Weise. Das erste Modell einer Lösung lieferte *Abd al-Wahhab* (1703–1792), der von der Arabischen Halbinsel aus zur Rückkehr zum Islam aufrief. Kulturelle und zivilisatorische Errungenschaften lehnte er ab. Sein rigoroser Islam wurde von *Ibn Saoud*, dem Gründer Saudi-Arabiens, übernommen. Dieser Wahhabismus ist übrigens bis heute das staatstragende Fundament Saudi-Arabiens geblieben. Im Gegensatz dazu steht ganz offensichtlich die *kulturelle arabische Erneuerung* (nahda). Sie wurde getragen von den orientalischen Kirchen, die unter dem Einfluß katholischer und protestantischer Missionen Schulen und Universitäten gründeten. Sie öffneten damit westlichem Einfluß die Tür. Nur so ist es zu verstehen, daß sich schließlich auch das *Osmanische Reich* an das europäische Modell anzulehnen begann und man zwischen 1839 und 1876 umfangreiche Reformen (Tanzimat) durchführte. Schwerpunkte der Reform lagen im politischen und mili-

tärischen Bereich. So schickte z.B. *Muhammad Ali* (1805–1841) aus dem Nilal Studenten nach Europa, um ihnen die Möglichkeit zu geben, direkt an den Quellen des Wissens und der Technik zu arbeiten und Übersetzungen von Fachbüchern anzufertigen. Unaufhaltsam fand damit europäisches Gedankengut in der islamischen Welt Eingang.

Die Reformen in den verschiedenen Teilen des islamisch-osmanischen Reiches sollten wie eine Arznei gegen den Zerfall wirken, wobei die Initiatoren allerdings immer betonten, daß nicht der Islam für die Dekadenz verantwortlich zu machen sei.

Folgenreicher und tiefer wirkte sich die zweite Art von Reformen aus, die mit den Namen *Afghani* (1839–1897) und *Muhammad Abdu* (1849–1905) eng verbunden sind. Sie hatten auf der einen Seite den Mut, den europäischen Kolonialismus, der fast die ganze islamische Welt als Kolonien oder als Protektorate in Besitz genommen hatte, zu verurteilen und zu bekämpfen. Auf der anderen Seite aber übernahmen sie Elemente der europäischen Zivilisation, um dadurch den Islam zu stärken. Im Gegensatz zu den Wahhabiten verwarfen sie den Westen nicht pauschal. Sie sahen die Misere der islamischen Welt nicht als strukturelles Problem des Islam, sondern führten sie auf einen falsch verstandenen Islam zurück. Die Lösung lag für sie in einem „richtig verstandenen Islam“. Zu diesem Islam versuchte man durch eine Neuinterpretation des Koran zu kommen.

Obwohl die Reformen des 19. Jahrhunderts die Vernunft auf ihre Altäre gehoben hatten, war es ihnen nicht vergönnt, die Voraussetzungen für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt zu schaffen, weil die Gegensätze zwischen islamischer Tradition, so wie sie im Recht (*šari'a*) zum Ausdruck kommt, und den Bedürfnissen eines modernen Staates vorerst unversöhnlich waren. Hinzu kam noch, daß die politische Unabhängigkeit mehr und mehr als absolute Priorität betrachtet wurde. Die theologische Diskussion rückte folglich in den Hintergrund.

Während dieser Zeit des Kolonialismus fanden säkulare Gesellschaftstheorien wie Nationalismus, Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus sowie zuletzt das *laizistische Denken* Eingang in die islamische Welt. Kein Wunder, daß sich nach dem Auseinanderfallen des Osmanischen Reiches die islamischen Länder als Staatsnationen organisierten. Die großen Staatsmänner wie Kemal Atatürk, Nasser, Bhutto, Bourghiba, Ben Bella etc., orientierten sich ausschließlich an den Nationalstaaten des Westens oder am sozialistischen Osten. Um nicht ganz mit der Vergangenheit zu brechen, wurden die jeweils gewählten Staatsformen als „Islamischer Sozialismus“ oder „Islamischer Nationalismus“ propagiert. Die allgemeine Rückständigkeit wurde in dieser Phase mit einer rein wirtschaftlichen Unterentwicklung begründet. Würden die sozialen und politischen Strukturen gewandelt, so sagte man, würde die wirtschaftliche Entwicklung schon folgen. Abschluß dieser Entwicklung war der „Ölschock“ von 1973, der gleichzeitig eine neue Epoche einleitete. Da

nämlich neuer Reichtum ganz offensichtlich weder die sozialen noch die wirtschaftlichen Probleme lösen konnte, besannen sich die Muslime erneut auf den Islam als „*dritten Weg*“. Zur Leitfigur dieser Rückbesinnung wurde *Ayatollah Chomayni*. („Wir haben unsere eigene Identität verloren und sie durch eine westliche Identität ersetzt.“)

Eine neue Dynamik

Bei der Suche nach ihrer eigenen Identität entwickelten die Muslime dann in den letzten Jahren eine *ungeahnte Dynamik*. Dabei lassen sich die Aktivitäten weder in rein politische noch religiöse Rubriken einordnen, zumal nicht immer zwischen den beiden Bereichen getrennt werden kann. Was allerdings auffällt, ist die Tatsache, daß die neuen Mehrheiten sich nicht mehr um die traditionellen Glaubensrichtungen wie z.B. Sunniten und Schiiten bilden, sondern um die Modernisten (*ahl al-bida'*) und die Fundamentalisten. An die Spitze der fundamentalistischen Bewegung setzte sich das finanzstarke *Saudi-Arabien*. König Faisal gründete 1965 die Organisation der islamischen Konferenz (OIC). Sie sollte den Einfluß Nassers, den dieser durch die „Arabische Liga“ ausübte, eindämmen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten rückte die OIC vor allem durch den Schock der Besetzung Jerusalems, der Westbank, des Gazastreifens und der Golanhöhen 1967 sowie durch den Brand der al-Aqša-Moschee in Jerusalem (das dritte Heiligtum der Muslime) im August 1969 ins Rampenlicht.

Als Ergebnis dieser Ereignisse wurde auf der dritten Außenministerkonferenz 1982 die *Charta der OIC* von 30 Staaten unterzeichnet und Dschidda als Sitz des ständigen Sekretariats gewählt. Heute sind 43 Länder Mitglieder der OIC. Sie verfügt über drei Einrichtungen: 1. die Konferenz der Staats- und Regierungschefs, die alle drei Jahre einberufen wird, 2. die Konferenz der Außenminister, die sich mindestens einmal im Jahr treffen und 3. das OIC-Generalsekretariat mit seinen Unterorganisationen. Zu den Arbeitsgebieten der OIC gehören Politik, Wirtschaft, Finanzen und Entwicklung sowie Religion, Kultur und die Sonderstellung der Muslime in der Diaspora. In der Charta der OIC wurde verankert, daß die Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern dazu beitragen soll, den Befreiungskampf islamischer Völker zu unterstützen, die islamischen Minderheiten in der nichtislamischen Welt zu stärken, die heiligen Stätten des Islam (Mekka, Medina und Jerusalem) zu schützen, gegen den Rassismus und Kolonialismus zu kämpfen sowie den Weltfrieden durch Gerechtigkeit zu festigen. Auf Initiative der OIC wurden zahlreiche Organisationen und Institutionen gegründet, die im wirtschaftlichen und religiösen Bereich islamische Alternativ-Angebote machen sollen. Als besonders wirkungsvoll haben sich erwiesen:

1. Die „*Islamische Entwicklungsbank*“ (IEB). Sie wurde 1975 gegründet. Bei der Eröffnung hatte sie 22 Mitglieder. 1980 waren es bereits 40. Ihr gesetzliches Kapital be-

trägt 2 Mrd ID (1 ID = ca. 2,50 Dollar). Sie fördert die sozio-wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Länder durch Gewährung von zinslosen Krediten, Kapitalbeteiligung und den Aufbau der wirtschaftlichen und humanen Infrastruktur. Ein besonderes Gewicht legt die IEB bei ihrer Finanzpolitik auf ein islamisches Leasing-Verfahren, das vorsieht, daß der Gegenstand nach Ablauf der Leasing-Frist in den Besitzstand des Kunden übergeht.

2. Schaffung eines „Islamischen Solidaritätsfonds“ (ISF): Dieser Fonds wurde auf der Gipfelkonferenz von 1974 in Lahore (Pakistan) gegründet. Sein Sitz ist in Dschidda. Der ISF wurde mit nur 20 Mio. Dollar ausgestattet, die von 13 Ländern bereitgestellt wurden. Im Jahre 1981 wurde das Stiftungskapital auf 100 Mio. Dollar erhöht, um bedürftige Mitglieder jedes Jahr mit wenigstens 5 Mio. \$ zu unterstützen.

Welches Ziel verfolgt der Solidaritätsfonds dabei? Der ISF sieht seine zentrale Aufgabe im *Bau von Schulen, Krankenhäusern und Moscheen* sowie in der Förderung wissenschaftlicher Forschung an den islamischen Universitäten und in der Durchführung sozialpolitischer Beschlüsse der Islamischen Konferenz. So finanzierte der ISF z. B. den Bau einer islamischen Universität in Niger für die französischsprachige Bevölkerung Westafrikas, den Ausbau des „Ahmad-Baha-Centre“ in Timbuktu/Mali zu einem regionalen Islam-Zentrum, in Istanbul die Errichtung eines Forschungsinstituts der islamischen Kultur und Geschichte, den Bau eines Religionswissenschaftlichen Instituts in Bahrain sowie des „Ibn Sina Islamic Hospital“ in Indonesien.

3. Die *islamischen Banken*: Als ganzheitliche Religion gibt der Islam für das Finanzgebaren der Wirtschaft klare Anweisungen, wie z. B. das Verbot der *riba*, das im Koran ausgesprochen wird. Zwar wird dieser Begriff von zahlreichen muslimischen Gelehrten mit „Wucher“ übersetzt, der Zinsen für kommerzielle Darlehen nicht einschließt. Es überwiegt jedoch die Meinung, daß auch Zinsen für Kapital bei produktiver Verwendung dem Zinsverbot unterliegen und daß deshalb die Muslime verpflichtet seien, ein Bankwesen aufzubauen, das vom marktwirtschaftlichen Modell abweicht.

In den letzten vier Jahren kam es darum zu einer Vielzahl von Bankgründungen, auch in nicht-islamischen Ländern, wie z. B. die „Islamic Banking System International Holding S. A.“ in Luxemburg mit ihren Tochtergesellschaften der „Islamic Finance House“ in London (1981) und der „Islamic Bank International of Denmark“ (1983) in Kopenhagen.

Die islamischen Banken verfügen allerdings über keine nennenswerten Beträge an angelegten Petrodollars. Petrodollars, die sinnigerweise auf Konten westlicher Banken „arbeiten“. Aus den Bilanzen der islamischen Banken geht hervor, daß es sich meist um relativ kleine Geld-Institute handelt. Heute versuchen die Muslime freilich nicht nur mit ihren Banken die Interessen der islamischen Welt zu sichern. Auch mit Hilfe des „Islamic Chamber of

Commerce, Industry and Commodity Exchange“ (Karachi), des „Islamischen Zentrums für die Entwicklung des Handelsaustausches“ (Tanger) und des „International Institute for Islamic Banking and Economics“ (Zypern) bemühen sie sich um Impulse für ihre Wirtschaft.

Diese internationale Zusammenarbeit zur Stärkung des Islam findet auch im *wissenschaftlichen und technischen Bereich* statt. Dazu wurden z. B. von der OIC das „Islamic Institute for Science and Technology“, das „Technical and Vocational Training and Research Centre“ (Dakka, Bangladesh) und die „Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization“ gegründet.

„Authentische Reislamisierung“

Augenfällig war in den letzten Jahren die Rückkehr zur islamischen Rechtstradition (*šari'a*). Seit der Gründung Saudi-Arabiens ist der Koran sozusagen die Verfassung und die *šari'a* das Gesetz. Der Iran, Pakistan, Mauretanien und der Sudan haben z. B. wieder Teile des islamischen Rechts (Strafrecht und Speisegebot) eingeführt. Ägypten, das auf eine relativ lange Erfahrung mit einer positiven Rechtspraxis zurückblicken kann, hat dagegen die *šari'a* zur alleinigen Quelle der Gesetzgebung gemacht.

In diesem Zusammenhang ist der Beschluß der Dritten Islamischen Konferenz von 1981 zu erwähnen, einen „*Islamischen Internationalen Gerichtshof*“ (IIG) zu gründen. Seine Charta wurde von einer internationalen Arbeitsgruppe, bestehend aus namhaften Juristen, erarbeitet.

Bei dem Bemühen um eine authentische Reislamisierung spielen die Petrodollars, die seit 10 Jahren in die islamische Welt fließen, inzwischen eine große Rolle. Sie helfen vor allem, die theologischen Reformen voranzutreiben und eine sichere Glaubensbasis für wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen zu schaffen. Zu den Einrichtungen, die diesem Ziel dienen, gehören:

1. Die „*Islamische Weltliga*“. Sie wurde bereits 1962 in Mekka gegründet. Treibende Kraft und Geldgeber war und ist bis heute Saudi-Arabien. Es ist Aufgabe der Weltliga, alle Aktivitäten der islamischen Zentren in der ganzen Welt zu koordinieren, um eine größtmögliche islamische Einheit zu verwirklichen, d. h. die „*umma*“ wieder präsent zu machen.

Eine weitere Zielsetzung der Weltliga ist die Verbreitung des Islam sowie die Ausübung einer Schutzfunktion für Muslime, die in nichtislamischen Ländern leben.

Um ihren Einfluß auszuweiten, hat die Weltliga seit einigen Jahren ein Büro in Paris, das für Westeuropa zuständig ist. Dieses Büro wiederum arbeitet mit der großen Moschee in Brüssel zusammen, wo regelmäßig Imam-Tagungen organisiert werden. So geschehen im Dezember 1983, als sich dort Imame aus ganz Europa versammelten. Die Weltmuslimliga hat einen NGO-Status bei der UNO und UNESCO.

2. Die *Akademie der wissenschaftlichen Forschung*. Aufschluß über die inner-islamische Entwicklung gibt sodann

auch der „Kongreß der Ulama“, der seit 1964 in unregelmäßigen Abständen von der „Akademie der Wissenschaftlichen Forschung“, einer Einrichtung der Al-Azhar-Universität in Kairo, einberufen wird.

An den behandelten Themenbereichen der Konferenz kann man ablesen, womit sich die Muslime im Laufe der letzten zwanzig Jahre beschäftigt haben. Fragte man auf den ersten Kongressen noch nach der Beziehung Islam-Kommunismus, nach der Entkolonisierung und nach der neuen imperialistischen Gefahr, so werden diese Themen heute kaum noch behandelt. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen jetzt Fragen der islamischen Wirtschaft, der traditionellen Erziehung, der islamischen Kultur und der islamischen Diaspora.

Ständige Themen, die auf den Kongressen behandelt werden, sind außerdem Eherecht (Polygamie, Scheidung und Verstoßung), die Präsenz christlicher Gemeinschaften im Vorderen Orient und die Aktivitäten christlicher Missionare in Afrika und Asien.

Der reale Einfluß der Akademie und ihrer Tagungen ist schwer abzuschätzen. Immerhin läßt sich feststellen, daß z. B. Männer wie *Maudoodi* (1981 verstorben) und *Erbakan*, die die islamische Bewegung in den letzten Jahren sehr stark geprägt haben, bisher stets zu den geladenen Gästen gehörten.

Ein Islamrat für Europa

3. Der *Islamrat für Europa*. Auf der zweiten und dritten Außenministerkonferenz der OIC wurde beschlossen, einen unabhängigen „Islamrat für Europa“ mit Sitz in London zu gründen. Er nahm seine Arbeit im Mai 1973 auf. Seine Aufgabe sollte sein, das Islambild bei den Europäern zu verbessern sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen islamischen Organisationen und Bewegungen in Europa zu koordinieren und in ihren Aktivitäten zu beraten.

Der „Islamrat für Europa“ trat 1980 mit der „Universal Islamic Declaration“, einer politisch-religiösen islamischen Grundsatzerklärung, an die Öffentlichkeit. Im September 1982 stellte der Islamrat dann in den Räumen der UNESCO, in Paris, eine „Allgemeine Islamische Menschenrechtserklärung“ vor. Beide Dokumente wurden von namhaften muslimischen Theologen, Juristen und Sozialwissenschaftlern erstellt.

Beide Texte tragen den Stempel eines konservativen und fundamentalistischen Islam. Auffällig war bei der Menschenrechtserklärung, daß nicht der arabische Originaltext, sondern die englische und französische Version vorgestellt wurden. Zwischen dem arabischen Text und der englischen und französischen Version entdeckt man erhebliche Unterschiede. So fehlen in diesen Texten z. B. die Zitate aus Koran und Sunna, die durch ihre festgelegte Auslegung dem jeweiligen Paragraphen einen ganz bestimmten Sinn geben. Ebenfalls stellt man fest, daß in manchen Passagen der englischen und französischen Ver-

sion die Bezeichnung „Mensch“ gebraucht wird, im Originaltext dagegen die Bezeichnung „Muslim“. Wenn man weiß, daß gemäß der šari'a nur ein Muslim Bürgerrechte besitzt, Christen und Juden aber lediglich den Status eines „geduldeten Gastes“ (dhimmi) haben, bekommen die Abweichungen erhebliches Gewicht.

Die vorgelegten Deklarationen haben für die islamischen Staaten natürlich keinen verbindlichen Charakter. Aber gerade die islamische Menschenrechtserklärung macht deutlich, daß die Muslime mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ von 1948 nicht sehr glücklich sind, auch wenn sie sie mitunterzeichnet haben. Fundament der Menschenrechte ist für sie einzig und allein der Islam.

Islam-Mission

Der „Aufruf zum Islam“ (da'wa = Mission) zeigt wohl am klarsten, daß die islamische Welt ihr Getto-Dasein verlassen möchte. Sie erhebt wieder jenen Universalanspruch, der vor nunmehr 1400 Jahren das islamische Reich rapide anwachsen ließ.

So wurde z. B. die Universität in Medina mit dem erklärten Ziel gegründet, islamische Studenten aus Ländern, die über kein muslimisches Hochschulwesen verfügen, ein Theologie- und Rechts-Studium zu ermöglichen. Diese Universität hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Universität für Neophyten entwickelt. Nach dem Studium kehren die Studenten dann wieder als muslimische Glaubensboten in ihre Heimatländer zurück. Die Studiendauer beträgt fünf Jahre. Der Großteil des ca. 10-Mill.-DM-Budgets der Universität dient hauptsächlich der Besoldung der Professoren, die aus der islamischen Welt herangezogen wurden.

Heute sind alle großen Universitäten, angefangen mit der Al-Azhar in Kairo über Alighari (Indien) bis zur Ez-Zituna in Tunis, dazu übergegangen, Studiengänge für zukünftige Missionare einzurichten. Selbstverständlich stellen besonders die arabischen Staaten finanzielle Mittel für Stipendien zur Verfügung.

Vom 28. März bis zum 1. April 1981 fand der erste „Congrès Mondial de la Da'wa Islamique“ (Weltkongreß der Islammission) in Khartum statt. Der sudanesischer Rat der „Religiösen Stiftung und religiöse Angelegenheit“ lud zu diesem Weltkongreß alle Religionsminister der Mitgliedsländer der OIC, die Repräsentanten der Weltmuslimliga, islamische Wissenschaftler ('ulama), Intellektuelle und Prediger aus der islamischen Diaspora ein. Auf der Tagesordnung standen:

1. Probleme der da'wa in der ganzen Welt sowie die Gefahren, mit denen die Islam-Mission konfrontiert ist.
2. Die Wichtigkeit der Medien bei der Verbreitung des Islam und
3. die Bedeutung der medizinischen und sozialen Dienste für die da'wa.

Im Schlußdokument wird hervorgehoben, daß es um eine rationale Antwort auf die kulturellen Angriffe des We-

stens gehe, der als materialistisch, säkularisiert, korrupt und christlich beschrieben wird.

Deshalb sollten die islamischen Länder, so heißt es, die „Männer der Religion“ besser ausbilden, die Jugend gründlicher erziehen sowie aus Solidarität die Muslime in Afghanistan, Eritrea, Somalia, auf den Philippinen und in Pakistan unterstützen. Auch wurde gefordert, innerhalb der OIC ein Sekretariat für Missionstätigkeit einzurichten und in Khartum ein „islamisches afrikanisches Zentrum“ zu eröffnen, das die Missionierung in ganz Afrika vorantreiben soll.

Radikalisierung

Bei dem Weltkongreß zeigt sich erneut, daß der fundamentalistische Islam eindeutig dominiert. Bestes Beispiel dafür war die Rede von Hasan al-Turabi, in der er u. a. auf den Dialog mit Nichtmuslimen einging. Nach seiner Meinung ist der Dialog eine Notwendigkeit. Der Muslim soll nämlich „seinen Einfluß auf andere Religionen aus-

üben, um nicht letzten Endes deren Einfluß zu erliegen“. Islamische Organisationen, Institutionen, Institute und Banken zeugen zweifellos von einer neuen Dynamik in der islamischen Welt. Inzwischen wird freilich immer deutlicher, daß Saudi-Arabien bei der Suche nach islamischer Identität zunehmend aus seiner Führungsrolle verdrängt wird. Radikale Verfechter der islamischen Tradition wie Ayatollah Chomayni und die verschiedenen Gruppierungen der Muslimbrüder erfreuen sich nämlich einer wachsenden Anhängerschaft bei Muslimen, die nicht mehr bereit sind, sich mit leeren Versprechungen abspesen zu lassen.

Daß Chomayni und die Muslimbrüder willens sind, den von ihnen angekündigten *Gottesstaat* mit Demagogie und Gewalt herbeizuführen, hat die inner-islamische Entwicklung längst unberechenbar gemacht. Niemand zweifelt mehr daran, daß der Weg der Extremisten in die Isolation führen muß. Welches Gesicht die islamische Gemeinschaft dann haben wird, beginnt sich im Iran abzuzeichnen.

Hans Vöcking

Ganzheitlich etwas in Bewegung bringen

Ein Gespräch mit Norbert Herkenrath

Anfang April wird unter den deutschen Katholiken wieder wie alljährlich die Misereor-Aktion durchgeführt. Aus diesem Anlaß sprachen wir mit dem Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks über die Frage, wieweit kirchliche Entwicklungshilfe langfristig Entwicklungen initiieren und begleiten kann und welchen Bedingungen sie dabei unterliegt. Gesprächspartner waren Gabriele Burchardt und David A. Seeber.

HK: Herr Prälat Herkenrath, Misereor hat in der Öffentlichkeit, bei anderen Entwicklungsorganisationen und hierzulande auch auf staatlicher Seite hohes Ansehen. Was zeichnet das Hilfswerk von seinem kirchlichen Charakter abgesehen aus? Ist es die Wirksamkeit der Hilfe, oder erscheint es einfach als einäugiger König unter Blinden?

Herkenrath: Von Blinden würde ich nicht sprechen. Wenn Sie mit einäugig meinen, daß es für eine nichtstaatliche Organisation wie Misereor weder personell noch von den Mitteln her möglich ist, das ganze Maß der weltweiten Not anzugehen, dann gebe ich Ihnen in gewissem Sinne recht. Wenn uns etwas auszeichnet, dann sicher, daß wir mit unserer Hilfe in den meisten Fällen die Menschen, die in Not sind, direkt erreichen. Die Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe hängt sehr wesentlich von Personen und Institutionen ab, die den Menschen nahe sind. Da ist es ein großer Vorteil, daß wir überall auf das große Netzwerk kirchlicher Strukturen zurückgreifen können und auf Menschen, die die Probleme kennen und Lösungen dafür wissen.

HK: Liegt in der besonderen Wertschätzung gerade auch von staatlicher Seite nicht die Gefahr, daß Werke wie Misereor zur Alibifunktion für unzureichende staatliche Entwicklungspolitik werden, weil sie einen Nimbus von Entwicklungsleistungsfähigkeit und -bereitschaft vorspiegeln, der dem Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt in keiner Weise entspricht?

Herkenrath: Für eine Alibifunktion ist das, was die beiden Kirchen als Anteil am Gesamtbudget des Entwicklungshilfeministeriums erhalten, 184 Millionen von 6,3 Milliarden im vergangenen Jahr, zu wenig. Daß wir dazu beitragen bzw. dafür genutzt werden, einen Nimbus zu erzeugen, hinter dem die tatsächlichen Entwicklungsleistungen weit zurückbleiben, diese Frage ist nicht ganz abzuweisen.

„Es ist nicht so, daß überall die Kirche im Vordergrund steht“

HK: Sie sagen, durch das weltweite Netzwerk kirchlicher Partner erreiche Misereor eine größere Basisnähe. Würden nicht gerade Basisnähe und ein Stück weit auch Glaubwürdigkeit es nahelegen, entschiedener über den kirchlichen Raum hinauszugehen?

Herkenrath: Von unserer Herkunft und von unserem Ansatz her ist es ganz natürlich, daß die weitaus meisten Projekte (ca. 90 Prozent) mit kirchlichen Partnern durchgeführt werden. Aber wir sind nicht verpflichtet, nur mit kirchlichen Partnern zusammenzuarbeiten. Wir realisie-